

Massive Umverteilung im Kanton Züricheinmal mehr Streichen bei den Lohnabhängigen..... Steuergeschenke an die Reichen.... Schluss damit !

5.6 Milliarden Franken - etwa die Hälfte eines ganzen Jahresbudgets - streicht der Kanton Zürich an seinen öffentlichen Leistungen und an den Löhnen seiner Angestellten, in einer Zeitspanne von 10 Jahren. Damit erreicht die Zürcher Regierung wohl ein Spitzenplatz im gesamteuropäischen Streichkonzert. Diesen Spitzenplatz auf sicher hat das Zürcher Bürgertum – es profitiert im selben Zeitraum von milliarden-schweren Steuergeschenken.

"Sparen" und kürzen bei den Lohnabhängigen..

Um durchschnittlich 6.8 % sind die Prämien für die Grundversicherung im Kanton Zürich dieses Jahr angestiegen. Damit summiert sich der Prämienanstieg seit dem Jahr 2000 auf satte 68 Prozent. Längst sind die Ausgaben für die Krankenkassenprämien in vielen Haushalten zum zweitgrössten Budgetposten nach den Wohnkosten angestiegen; so muss eine Familie mit zwei Kindern in der Stadt Zürich jährlich schon über 10'000 Franken dafür aufwenden.

Nach dem Willen des Zürcher Regierungsrates sollen nun genau jene 400'000 Personen, welche aufgrund ihres niedrigen Einkommens Anrecht auf individuelle Prämienverbilligung haben – mit 75 Millionen Franken eine der Hauptlasten des neusten „Sanierungsprogramms“ tragen. Wie ein Hohn mutet die regierungsrätliche Formulierung in der Erläuterung zur Gesetzesänderung an: *„was je nach Einkommensklasse zu einer Kürzung zwischen 15% und 45% führt, wobei die tieferen Einkommensklassen geringere prozentuale Kürzungen hin zunehmen haben.“* Bei der vorgesehene Pro-Kopf-Kürzung von 350 Franken ist jemand mit einem steuerbaren Einkommen von 22'800 Franken (Einkommensklasse 1) selbstverständlich ungleich stärker belastet als jemand mit einem steuerbaren Einkommen von 47'500 Franken (Einkommensklasse 4).

An dieser Stelle drängt sich der Blick auf die neueste Lohnstatistik der Stadt Zürich auf, insbesondere auf jene Lohnabhängigen in der Stadt Zürich, welche zu einem sogenannten Tieflohn von unter 4'019 Franken pro Mo-

nat arbeiten müssen. Dies betrifft definitionsgemäss 10 % aller Werkstätigen in der Stadt Zürich aber bereits 15.5 % aller Frauen. Die ersten 25 % der TieflohnbezügerInnen verdienen unter 3325 Franken, die nächsten 25 % haben einen Lohn zwischen 3325 und 3619 Franken, weitere 25 % verdienen zwischen 3619 und 3829 Franken, und beim letzten Viertel liegt der Lohn zwischen 3829 und 4019 Franken. Weitere 14,2 % aller Beschäftigten haben einen Lohn zwischen 4001 und 5000 Franken. 20,7 % aller Frauen fallen in diese Lohnklasse. Was ihnen allen gemeinsam ist: sie werden die Kürzungen besonders schmerzlich zu spüren bekommen.

Nach den Sanierungsprogrammen San04 und MH06 im Gesamtvolumen von 3.7 Milliarden Franken präzisierter der Zürcher Regierungsrat im vergangenen September mit San10 das dritte, milliarden-schwere Abbaupaket seit 2003. In den Jahren 2011 bis 2014 sollen weitere 1.9 Milliarden Franken an Leistungen der öffentlichen Hand gestrichen werden. Und wie schon bei den vorangegangenen Abbauprogrammen sind es vor allem die Bereiche Gesundheit (481 Millionen), Bildung (392 Millionen) und Soziales (190 Millionen) sowie die Löhne des kantonalen Personals (273 Millionen), die von den Kürzungen besonders betroffen sind.

Im Parlament der Stadt Zürich hat sich die bürgerliche Mehrheit von SVP, FDP, GLP, CVP und EVP mit einer Budgetkürzung von 220 Millionen durchgesetzt. Das Personal der Stadt Zürich muss diese Sparmassnahmen ausbaden und auf Lohnerhöhungen und Lohnnebenleistungen verzichten. In der Maternité müssen schwangere Frauen abgewiesen werden, weil - dringend benö-

tigte - zusätzliche Stellen nicht bewilligt werden. Sogar beim Essen in den Alters- und Pflegeheimen der Stadt Zürich soll gespart werden.

..... und verteilen an die Reichen

So einseitig sich die Kürzungen gegen die Lohnabhängigen im Allgemeinen und gegen solche mit geringen Einkommen im Speziellen - gegen SchülerInnen und StudentInnen, gegen kranke und handikapierte Menschen, gegen RentnerInnen, gegen sozial benachteiligte Menschen und solche im Strafvollzug – richtet, so einseitig werden die Reichen und Superreichen bei den aktuell anstehenden Steuergesetzesänderungen im Kanton Zürich bevorzugt. Dabei hat das Zürcher Bürgertum den langgehegten Wunsch nach Streichung der obersten Progressionsstufe im Einkommenssteuertarif (13 %) sogar noch toppen können. Neu sollen Einkommen über Fr. 253'700 bei Alleinstehenden und Fr. 352'500 bei Verheirateten nur noch zu 11 % (einfache Staatssteuer) besteuert werden. Die Reichen und Superreichen werden also um ganze zwei Pro-



gressionsstufen entlastet – oder wie es die FDP-Regierungsrätin Gut an einer Medienkonferenz formulierte: „Mit diesen Änderungen wird die Wettbewerbsfähigkeit (des Kantons Zürich im eidgenössischen Steuerwettbewerb) bei sehr hohen Einkommen verbessert“.

Dasselbe bei den Vermögen - die oberste Progressionsstufe von 3 Promille wird gestrichen; neu endet der Vermögenssteuertarif mit der Progressionsstufe von 2,5 Promille. Klar was Regierungsrätin Gut dazu meint: „Damit kann die Wettbewerbsfähigkeit auch bei sehr hohen Vermögen verbessert werden.“ Der Erfüllung dieses Wunsches steht nur noch die Volksabstimmung vom 15. Mai dieses Jahres entgegen. Und wie immer in solchen Situationen – wenn krasse Steuergeschenke an Reiche die Hürde einer Volksabstimmung zu nehmen haben – wird ein eigentliches Abstimmungspaket geschnürt, bei dem auch ein wenig für die Mehrheit abfällt. Insgesamt wird dieses Steuerpaket zu Mindereinnahmen von ca. 395 Millionen Franken beim Kanton führen, wobei rund die Hälfte der Steuerausfälle auf den Ausgleich der Teuerung bzw. der kalten Progression entfällt und das Steuergeschenk für die Reichen gegen 100 Millionen Franken ausmacht. Dazu kommen Steuerausfälle von 346 Millionen Franken bei den Zürcher Gemeinden.

Ein weiteres, aktuelles Steuergeschenk geht an die Banken und Versicherungsgesellschaften im Kanton Zürich. Sie profitieren vor allem von der im Sommer letzten Jahres vom Zürcher Kantonsrat beschlossenen Unternehmenssteuerreform (Anrechnung Gewinnsteuer an Kapitalsteuer). Ihre Steuerersparnis: gegen 100 Millionen Franken. Dies nachdem die Kapi-

talsteuer bereits mit der per 1. Januar 2005 inkraft gesetzten Unternehmenssteuer-Reform halbiert worden sind (von 1.5 Promille auf 0.75 Promille). Entsprechend sackten die Kapitalsteuererträge des Kantons von 2004 auf 2005 von 162 auf 86 Millionen Franken ab.

Die Liste der Steuergeschenke an die Reichen ist so lange wie die Liste der Abbauprogramme. Die Anfrage eines SP-Kantonsrates nach der Summe aller Steuerreduktionen in den Jahren 1998 bis 2005 beantwortete die Zürcher Regierung am 14. September 2005 – eben mit einer langen Liste – und "die in der Tabelle aufgeführten Mindereinnahmen betragen für den Kanton insgesamt 833 Mio. Franken" – jährlich.

Dasselbe wie in Europa

Dieselbe Entwicklung findet auch im internationalen Masstab statt. Seit Jahren werden Einkommen und Vermögen von unten nach oben umverteilt. Die schwerste Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft seit den 1930er Jahren hat diesen Prozess extrem beschleunigt. In ganz Europa wird die kapitalistische Wirtschaftskrise mittels drastischer Sparprogramme auf die lohnabhängige Bevölkerung abgewälzt. Fast jede europäische Regierung hat in den vergangenen Monaten Abbaumassnahmen angekündigt und umgesetzt. Die Bevölkerung Europas wird nun für die gigantischen Summen, welche den Banken und Finanzhaien in den Rachen geworfen wurden, zur Kasse gebeten. Die Angriffe der herrschenden Klasse auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Lohnabhängigen sind von unglaublicher Härte und Brutalität und einzigartig seit dem 2. Weltkrieg. Vom „Sozialstaat“ der Nachkriegszeit wird

nichts übrig bleiben. Eine Studie der amerikanischen Carnegie Stiftung gelangt zum Schluss, "die Sozialstaaten, die seit den 1940er Jahren überall in Europa aufgebaut wurden, um öffentliche Unruhen zu verhindern und Spannungen zu entschärfen", seien schlichtweg "nicht mehr bezahlbar". In der Schweiz funktioniert dies aufgrund der föderalistischen und "direkt-demokratischen" Strukturen etwas anders - weniger zentralistisch als im benachbarten Europa – auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene. Mit denselben Absichten und Ergebnissen und in den letzten Jahren vermehrt im Windschatten einer rassistischen Hetze gegen "Asylanten", Minarette und "kriminelle Ausländer".

Mobilisieren wir uns

Das gesamte „Sanierungsprogramm-2010“ und die Steuergeschenke an die Reichen sind eine absolute Frechheit und zeigen die Arroganz der herrschenden Klasse auf. Schicken wir die damit verbundenen Gesetzesänderungen am 15. Mai 2011 bachab; nein zum Steuergesetz (Änderung vom 30. März 2009; Steuerentlastungen für natürliche Personen), nein zum Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz (EG KVG).

Darüber hinaus kann nur eine gemeinsame Mobilisierung der Beschäftigten und BenutzerInnen der öffentlichen Dienste ein wirksames Mittel gegen die Abbauprogramme darstellen. Es kann nicht um „bessere“ oder „sozialverträgliche“ Sparmassnahmen gehen. Das gesamte Paket „San10“ muss bachab geschickt werden. Nur eine massive Bewegung von unten kann die Logik dieses Kahlschlags durchbrechen und eine kollektive Debatte über radikale Alternativen zum Kahlschlag ermöglichen.

Kantonale Abstimmung vom 15. Mai : Noch mehr Umverteilung von unten nach oben ? 3 x NEIN zum Steuergesetz, NEIN zur Kürzung der Prämienverbilligung !

In der Schweiz verfügen die Reichen seit jeher über unzählige Steuerprivilegien. Sie profitieren von derart vielen Abzügen und Schlupflöchern, dass ihr Beitrag zur Finanzierung der öffentlichen Haushalte... äusserst symbolischer Art ist. Einen entscheidenden Vorteil bietet der extreme Föderalismus, der zu einem systematischen Steuerdumping zwischen den Kantonen und Gemeinden führt. Doch damit nicht genug. Seit den 1980er Jahren haben die Reichen eine aggressive Politik der Steuersenkungen zu ihren Gunsten vorangetrieben. 2004 zeigte eine Studie, dass sich die Zwangsab-

gaben (direkte Steuern, AHV, ALV, Krankenkassenprämien) für eine Familie der reichsten 20 Prozent zwischen 1990 und 2001 um 4'300 Franken reduzierten, während eine Familie aus den einkommensschwächsten 20 Prozent der Schweizer Bevölkerung 2001 mit 2'500 Franken mehr belastet wurde als 1990. In der Studie wurden die indirekten Steuern und Abgaben - welche hauptsächlich die niedrigen Einkommen belasten - nicht berücksichtigt.

Diese Entwicklung hat in den vergangenen 10 Jahren aber nicht etwa halt

gemacht. In der Schweiz sanken die Unternehmenssteuersätze zwischen 1999 und 2009 von ohnehin schon tiefen 25% auf rund 19%. Die Schweiz belegt damit einen Spitzenplatz im internationalen Steuerranking. Zahlreiche Kantone haben Steuersätze zwischen 13 und 18 Prozent und schlagen damit sogar Tiefsteuerparadiese wie Lettland, Rumänien oder die Slowakei. Während die Gewinne der Unternehmen in der Schweiz etwa 20 Prozent des Volkseinkommens ausmachen, bestreiten die Unternehmen nur etwa 11 Prozent der gesamten

| Die wichtigsten Steuerensenkungen 2000-2010 | in Kraft | Mio. Fr. |
|---|-----------|-----------|
| Erbschafts- und Schenkungssteuer, Teilabschaffung | 2000 | 235 |
| Steuerfussenkung | 2000 | 120 |
| Proportionaler Gewinnsteuersatz, Halbierung Kapitalsteuer | 2005 | 130 |
| Steuerfussenkung | 2003 | 200 |
| Ausgleich kalte Progression | 2006 | 110 |
| Handänderungssteuer, Abschaffung (Gemeinden) | 2005 | 110-120 |
| Dividendenbesteuerung, Teilsatzverfahren | 2008 | 35 |
| Total | 2000-2010 | ca. 1'000 |

Tabella I

Steuereinnahmen. Die Crédit Suisse hat festgestellt: "Die Belastung mit Steuern gehört (im Wirtschaftsraum Zürich) zu den tiefsten im internationalen Vergleich. Dies gilt sowohl für Unternehmenssteuern wie auch für die persönlichen Einkommenssteuern. Internationale Hauptsitze und Holdings profitieren von zusätzlichen Steuervorteilen." ("Standortmarketing Wirtschaftsraum Zürich 2004").

250 Millionen Steuergeschenke für die 1.5% Reichsten.....

Banken, Unternehmen und die Superreichen haben mit ihren permanenten Wegzugsdrohungen und ihrem Wirtschaftsstandortvorteilsgejammer ihren Teil dazu beigetragen und sich von ihren Lakaien in Regierung und Parlament – auf äusserst grosszügige Weise – mit massiven Steuererleichterungen beschenken lassen. Alleine die Steuerensenkungen im Kanton Zürich der letzten 10 Jahre kumulieren sich mittlerweile auf rund 1 Milliarde Franken – jährlich (Tabella I). Profitiert haben vor allem Banken, Versicherungen, Unternehmer, Grossaktionäre, Wohneigentümer und die Reichen und Superreichen. Den Lohnabhängigen, AHV- und IV-RentnerInnen, SchülerInnen, StudentInnen und Arbeitslosen ist der Kahlschlag von 5.6 Milliarden an öffentlichen Leistungen und die Verschlechterung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen geblieben.

Mit dem neuen Steuergesetz will die Regierung des Kantons Zürich nun noch einen draufsetzen. Im Einkommenssteuertarif soll die höchste Progressionsstufe neu bei 12% zu liegen kommen. Die folgende letzte Progressionsstufe von bisher 13% – für Einkommensteile über Fr. 253'700 bei Alleinstehenden und über Fr. 352'500 bei Verheirateten – soll zudem auf 11% herabgesetzt werden. Im Verm genssteuertarif soll neu die höchste und letzte Progressionsstufe von 3‰ gestrichen werden, so dass der Verm genssteuertarif neu mit der Progressionsstufe von 2½‰ endet. Damit sollen ausgerechnet jene 1.5% der Zürcher Bevölkerung mit den höchsten Einkommen und den grössten Vermögen bei den Staats- und Gemeindesteuern um weitere 250 Millionen Franken jährlich entlastet werden – als ob sie es nötig hätten.

Während in den 12 Jahren von 1991 bis 2003 das durchschnittliche Vermögen der rund 730'000 Zürcher Steuerzahler von 29'000 auf 35'000 Franken angestiegen ist, 27 % der Steuerpflichtigen über gar kein Vermögen verfügen, hat das reichste Prozent der Steuerzahler im Kanton richtig Kasse gemacht - ihr Vermögen ist im entsprechenden Zeitraum um 70 Prozent gewachsen - von durchschnittlich 4 auf 6,8 Millionen Franken. Das reichste Zehntelpromille verdoppelte sein Vermögen von 80 auf 157 Millionen pro Kopf. Und die Spitze der Spitze: Die reichsten 10 Steuerzahler verdreifachten ihr Vermögen von 2,7 auf 8,5 Milliarden Franken. Die reichsten drei von 1,3 auf 4,4 Milliarden. Für 2003 bedeutet dies: Die drei reichsten Steuerzahler im Kanton Zürich besitzen so viel wie die 412'000  rmsten, also wie 56 Prozent aller Steuerzahler. Die reichsten 10 Leute besitzen schon so viel wie zwei Drittel aller anderen. Das

reichste Prozent (7300 Millionäre) besitzt praktisch so viel wie der Rest: wie 95 Prozent der Leute.

So sinnvoll die Anpassungen im unteren Tarifbereich im vorliegenden Steuerpaket sein mögen. Mit ihrem Umfang von lediglich 37 Millionen bei der Staatssteuer verteilen sie sich auf 85 – 90 Prozent der SteuerzahlerInnen im Kanton, also auf etwa 650-670'000 Steuerpflichtige. Zusammen mit dem Ausgleich der kalten Progression bilden sie das Feigenblatt des regierungsrätlichen Steuerpaketes und sollen lediglich die Chancen der Steuergeschenke an die Superreichen bei der Abstimmung erhöhen.

75 Millionen kürzen bei den Prämienverbilligungen für die 30%  rmsten

Dass es nicht das plötzlich entdeckte soziale Gewissen der Zürcher Regierung ist, welche sie zu den Anpassungen beim Steuertarif für niedrige Einkommen veranlasst hat zeigt eine weitere, wichtige Vorlage die am 15. Mai zur Abstimmung kommt - das „Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz“. Der Regierungsrat und die bürgerliche Mehrheit des Kantonsparlaments wollen damit den Beitrag des Kantons an die Verbilligung der Krankenkassenprämien (IPV) um 20 Prozent respektive 75 Millionen

Komm an den zweiten Grossanlass vom MenschenStrom gegen Atom!

Sonntag, 22.Mai 2011

MENSCHENSTROM 

GEGEN ATOM 

Die Zukunft ist 100% erneuerbar!

Gemeinsam, gewaltfrei und zu Fuss für eine sichere und saubere Zukunft!

Mehr Infos unter:
www.menschenstrom.ch
info@menschenstrom.ch
+41 (0)77 472 01 39



Der Atomabzug

ATOMKRAFT? NEIN DANKE!
Tsch uss!

Tsch uss! Gute Reise!

Widmer

Franken jährlich kürzen. Ausgerechnet jene 30 Prozent der Versicherten welche gemäss Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) „in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen“ leben und damit Anrecht auf eine Prämienverbilligung haben – sollen damit eine massive Kürzung ihrer Kaufkraft hinnehmen müssen.

Ein äusserst arroganter Kontrast zum 250 Millionen schweren Steuerergänzung an die Reichen und Bonzen.

Machen wir den Reichen und Mächtigen am 15. Mai einen Strich durch ihre Rechnung und schicken das Steuerpaket und die Kürzung der Prämienverbilligung bachab.

3 x NEIN zu den Steuervorlagen (Vorlagen 1A, 1B, 1C)
NEIN zur Kürzung der Prämienverbilligung (Vorlage 3)

Was will die Bewegung für den Sozialismus?

Während der Finanzkapitalismus bereits wieder satte Gewinne einstreicht, verschärft sich der Druck auf die Lohnabhängigen und ihre Rechte am Arbeitsplatz ungehemmt. Mit einer „Politik der leeren Kassen“ rechtfertigen die etablierten Parteien inkl. SP und Grüne jegliche Kürzungen und Sparmassnahmen. So drängt zum Beispiel die 4. Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG) Arbeitslose weiter an den Rand, vor allem junge Arbeitslose betrifft es besonders stark. Gleichzeitig will der Kantonsrat die Studiengebühren an der Uni für StudentInnen ohne Schweizer Pass erhöhen, was ein Versuch ist, die Studierenden zu spalten, um so eine generelle Erhöhung der Gebühren durchzusetzen. Diese zunehmende Elitisierung der Unis verstärkt den Ausschluss von Teilen der Bevölkerung von der Hochschulbildung. Auch bei den öffentlichen Leistungen wird munter weiter gekürzt.

Die derzeitigen Entwicklungen unserer Gesellschaft, in denen sich Unternehmen und ihre Parasiten auf Kosten der Arbeiterinnen und Arbeiter und unseren natürlichen Lebensgrundlagen weltweit bereichern, sind weder naturgegeben noch unumstösslich. Sie sind das Produkt eines historischen Prozesses, dessen Weiterentwicklung wir nicht einfach tatenlos zusehen müssen...

Wir, die Aktivistinnen und Aktivisten der BFS, sind überzeugt, dass diese Gesellschaft, die auf Ungleichheit und Unterdrückung beruht, radikal verändert werden muss. Armut, Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung, Diskriminierung der Frauen, Rassismus und Kriege sind keine fatale „Laune der menschlichen Natur“. Sie sind die Folge eines Systems, das mit der Trennung der Gesellschaft in eine besitzende Minderheit und eine besitzlose, lohnabhängige Mehrheit und mit seinem Drang nach Profit immer wieder Konkurrenz, Herrschaft und Gewalt produziert.

„Eine andere Welt ist nötig!“:

Deshalb beteiligen wir uns in allen Landesteilen aktiv an den Mobilisierungen gegen das

Kapital (WEF, G8 usw.) und gegen imperialistische Kriege und engagieren uns in den aktuellen Bewegungen an den Universitäten. Wir unterstützen alle Bemühungen, aktiv für die Forderungen, Interessen und Rechte der arbeitenden Menschen und aller Unterdrückten einzutreten. Wir sind an der Basis der Gewerkschaften aktiv, wo wir die direkte Aktion der Lohnabhängigen (Mobilisierungen, Streiks usw.) fördern und unterstützen.

„Widerstand zeichnet Konturen einer anderen Welt!“:

Wir wollen durch kollektive Kämpfe das Modell einer anderen Gesellschaft entwickeln. Eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, in der die wirtschaftliche Produktion die Bedürfnisse der Menschen befriedigt und nicht dazu dient, privaten Profit zu erzielen. Ein schönes Beispiel dafür, dass dies im Kapitalismus nicht möglich ist, ist bei der Post zu beobachten: Die Post gab im März bekannt bei der Briefsortierung und der Briefannahme noch mehr auf Maschinen zu setzen. Sie wird durch diese Modernisierungen Millionen einsparen können und Hunderte Arbeitsplätze werden verschwinden. Was eigentlich die Arbeit der Postangestellten erleichtern sollte, wirkt sich im Kapitalismus perverserweise zu ihren Ungunsten aus. Solange die Produktionsmittel in den Händen der Unternehmer sind, wird das auch so bleiben. Darum bedingt eine antikapitalistische Politik die Infragestellung der Eigentumsverhältnisse.

„Für einen demokratischen Sozialismus!“:

Wir wollen eine Gesellschaft, in der dank einer wirklichen Demokratie die Mehrheit darüber entscheidet, was, wie und für wen produziert wird; in der das Potential, das in der gesellschaftlichen Arbeit, in der Wissenschaft und in der Technik steckt, der ganzen Menschheit zu Gute kommt. Wir streben eine Gesellschaft an, "worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist."



Wieso einen Lesezyklus?

Die aktuelle Finanzkrise, Verknappungen auf den Rohstoffmärkten, Restrukturierungen der öffentlichen Dienste, verstärkte Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, globale Migration oder ökologische Krisen sind Themen, die in den Medien oft ohne Hinterfragung der zugrunde liegenden Mechanismen diskutiert werden. So werden Lehrstellenmangel, Jugendarbeitslosigkeit und verstärkte Effizienz- und Leistungsorientierung an Schulen und Unis genauso als Notwendigkeit eines "natürlichen" wirtschaftlichen und politischen Systems da gestellt, wie der Abbau bei den Kranken-, Alters- oder Arbeitslosenversicherungen. Diese Ökonomisierung prägt und durchdringt auch die öffentliche Meinungsbildung: Die meisten Medien und politische Organisationen sind in eine neoliberale Marktlogik eingebunden und auch an öffentlichen Hochschulen findet sich im verschulten Bachelor-Master-System nur noch wenig Raum für kritische Lektüre und Diskussionen.

Was möchten wir initiieren?

Wir, AktivistInnen im Umkreis der BFS Zürich (Bewegung für den Sozialismus), sind der Meinung, dass das Lesen von kritischer Literatur mit die Grundlage bieten soll, die aktuellen Entwicklungen unserer Gesellschaft zu analysieren und zu hinterfragen. In diesem Lesezyklus wollen wir klassische marxistische, aber auch auf aktuelle Geschehnisse bezogene Literatur gemeinsam lesen und diskutieren.

Infos und Anmeldung unter:
www.bfs-zh.ch oder Mail an info@bfs-zh.ch



Kontakt & Infos: BFS Zürich, Postfach 3956, 8021 Zürich, PC-Konto 85-507861-5
Webseite: www.bfs-zh.ch Mailadresse: info@bfs-zh.ch